

Der Steinmetz

Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinmetz“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Mitschke, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Verantwortlicher Redakteur:

Othmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Geschäftsstelle und Expedition:

Rixdorf-Berlin,

Bergstraße 30-31, Hof pt.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile oder deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.

„Der Steinmetz“ ist unter Nr. 7166 d. Zeitungs-Vollliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 11. November 1899.

3. Jahrg.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Bei der Firma Zeidler u. Wimmel in Breslau konnten laut Ausspruch des Vertreters der Firma bei den Verhandlungen in Berlin am 17. Oktober die Ausständigen wegen Mangel an Arbeit nicht eingestellt werden. Auch sollte der Tarif innegehalten werden.

Es wurden nun auch im Laufe der letzten Woche mehrere Ausständige eingestellt den noch übrig bleibenden wurde erklärt, daß jetzt Arbeitskräfte genügend seien, trotzdem aber wurde am folgenden Tage zwei fremd zugereiste Steinmetzen ohne Berücksichtigung der Ausständigen eingestellt.

Obgleich wir von vornherein den Arbeitsmangel bezweifeln, so liegt jetzt die Maßregelung der Breslauer Kollegen klar zu Tage. Trotzdem der Vertreter der Firma mit seinem Namen unterschrieb, daß keine Maßregelungen stattfinden dürfen. Nun, wo liegt der Bruch der Vereinbarungen?

Was dem einen recht ist dem andern billig. Nur so weiter dann ist der Kontraktbruch vollständig.

In Berlin, Buzlau und Warthau ist den Steinmetzen aufs neue der Krieg erklärt, indem diesen das Bubenrecht verboten ist.

Trotz allen Verbots haben es sich die Kollegen nicht nehmen lassen dasselbe abzuhalten. Sie sind entschlossen diese uralte, aber für die Organisation und Platzordnung wohlthunende Einrichtung nicht lassen zu lassen.

Die Situation in Frankfurt a. M. ist eine sehr gespannte; den Kollegen bei der Firma Holzmann wurden Lohnabzüge von 5-10 Pf. pro Stunde zugemuthet. (Wo liegt hier der Kontraktbruch?) Zur Zeit sind in Frankfurt a. M. 1200 Maurer durch die Brutalität der Unternehmung ausgesperrt, da unser Beruf auch dort darunter leidet, so ist es nothwendig, daß jeder Zugang nach dort streng gemieden wird.

In Freiburg ist der Platz von Lorenz Wüst und in Ohlsdorf b. Hamburg die Plätze von Witte, Frohnhofer und Luzemann gesperrt. Des ferneren ist der Platz Walter in Nebra zu meiden „wegen Mangel an Arbeit“.

Zwischenakte u. Coulistenschiebereien.

U. Kein politisches Schauspiel der letzten Jahre, selbst nicht einmal das hochselige Umsturzgesetz, war so reich an Zwischenspielen als die Zuchthausvorlage zwischen der ersten und zweiten Reichstagslesung.

Nachdem sie im Juni d. J. von der Reichstagsmehrheit nahezu todtgeschlagen worden war, jedoch mit dem Vorsatz, ihr gerade noch so viel Lebensfunken zu lassen, um sie zu allerlei Popanztreiben und schließlich auch zu einer kleinen Koalitionsverschlechterung gebrauchen zu können, sind die vier Monate eine ununterbrochene Kette von Zwischenspielen gewesen, alle darauf gerichtet, das Wesentlichste der Regierungsvorlage zu retten. Die Innungen, die Gewerbevereine, die Industriellenverbände, selbst die Handels- und Gewerbestammern wurden zu Gunsten des erhöhten Arbeitswilligenschutzes mobil gemacht.

Die Scharfmacherpresse ließ keine Woche vergehen, in welcher sie nicht in der schamlosesten Weise gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, gegen die Ausstände und das Streikfehen zu Felde zog, und

offenkundlich bereitete sich innerhalb derjenigen bürgerlichen Parteien, die noch im Juni den Stab über die Vorlage gebrochen hatten, ein Umfall vor.

Das Zentrum fühlte sich auf seinem Mainzer Katholikentage aufs Neue als Todfeind der Sozialdemokratie, und Dr. Vieber sprach daselbst von praktischen Vorschlägen zum Schutze der Arbeitswilligen.

Die Nationalliberalen ließen immer mehr jeden Zweifel darüber schwinden, daß Baffermann's Einfluß ein sehr geringer und bei der Entscheidung keineswegs ausschlaggebender sei, und Baffermann selbst wurde einen Augenblick an seiner Opposition gegen jede Koalitionseinschränkung wandelnd, bis er sich wieder auf sich selbst besann und in seiner Hohenheimer Rede den Scharfmachern seiner Partei ganz gehörig den Tritt fas. Es war gewiß erfrischend, von einem Kenner der nationalliberalen Größen, der Industriellen und Generalsekretäre endlich einmal die Wahrheit zu hören, daß das ganze Gezeiter über den Streikterrorisimus der Arbeiter nur eitel Heuchelei sei und im allereigensten Unternehmer- und Machtinteresse geschähe, und wir haben ja noch nie daran gezweifelt, daß es anders wäre.

Aber sofort stürzte sich das ganze national-liberale Prekameluckenthum über den eigenen Parteiführer mit kaum verhaltener Wuth her, als habe er den allerschlimmsten Umsturz begangen, und die deutlichen Winke vom „Konsequenzziehen“ bis zum „Sündenbock in die Wüste jagen“ mögen Herrn Baffermann darüber belehrt haben, wie schwer es ist, aus Lakaien Freiheitskämpfer zu machen.

War bei diesem Schauspiel wenigstens der Wuth des Abg. Baffermann, der selbst den Großindustriellen Klüngel wegen seiner Scharfmacherhegereien herzhaft zu Leibe ging, einigermaßen erheben, so war das Bild, daß der strebsame Professor Schmoller auf der Breslauer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik bot, eine vollendete Karrikatur des Freiheitskampfes. Die schwächliche Art, wie er die Bedrohung des Koalitionsrechts der Arbeiter bedauerte, wie er an ein „Königthum der Geusen“ (der Armen) appellirte und sich an die Hoffnung der Wiederkehr einer sozialen Aera anklammerte, war gerade zu typisch für das deutsche Rathederpolitikerthum, das vom „objektiven“ Standpunkt der hohen Wissenschaft herab, erhaben über Kämpfe und Parteien zu urtheilen vermeint, und dabei vor Schwächlichkeit sich nicht einmal zu einem flammenden Protest gegen die Vernichtung der Volksfreiheit aufzuraffen wagt.

Nur einige machen davon eine erfreuliche Ausnahme, vor Allem Prof. Brentano, dessen Göttinger Rede die Scharfmacher außer Rand und Band und um den Rest ihres letzten Bishens Vernunft gebracht hat. Es ist indeß weniger das, was er sagte, an dieser Wirkung Schuld, denn dasselbe hat in ebenso treffender Weise die Arbeiterpresse seit Anbeginn der „Zuchthausaera“ hunderte Mal wiederholt, sondern die in Deutschland völlig ungewohnte Thatsache, daß ein Regierungsbeamter, ein Universitätsprofessor, sich in dieser Weise herzhaft gegen eine Regierungsvorlage aussprach. Ein Zeichen, wie tief das allgemeine Ansehen des Professorenthums in Deutschland bereits gesunken ist, daß jeder Preknecht es ohne Weiteres zur Leibgarde der jeweiligen Regierung zu stempeln wagt.

Weit thätiger aber als das schwächliche Professorenthum geberdet sich jene Sorte von „honettem“ Freisinn, dessen Organ die „Vossische Ztg.“ ist. Die letztere erklärte sich nämlich vor Kurzem mit dem Zwecke der Zuchthausvorlage durchaus einverstanden. Sie schrieb: „Der Zweck, die Arbeitswilligen zu schützen, ist durchaus der unsrige“ und versicherte dann den Streikbrechern ihre wärmsten Sympathien. Vielfach seien es arme Teufel mit einem kranken Familienmitglied daheim, die lieber lohndrücken, als schweres Leid über die Ihrigen heraufbeschwören wollten. Sie nahm dieselben insbesondere gegen die Charakteristik von Seilen Prof. Brentano's in Schutz und behauptete: „Soweit wir Gelegenheit haben, in einzelnen konkreten Fällen von Ausschreitungen bei Arbeitseinstellungen Kenntnis zu nehmen, haben wir stets den Eindruck gehabt, daß die Arbeitswilligen brave und besonnene Menschen waren, und daß ihre Angreifer mit Rohheit gehandelt haben.“ Den Schluß bildete dann folgende anmuthige Aufforderung: „Vielleicht könnte die Polizei bei bedeutenden Arbeitseinstellungen und bei hervortretender Neigung zu Ausschreitungen etwas mehr am Platze sein,“ und sie würde einen Vorschlag, der wirklich tauglich wäre, die Arbeitswilligen zu schützen, „wahrscheinlich“ (?) einer zuvorkommenden Aufnahme für werth halten. — Der öde Klatsch der „Lante Voss“ wäre nicht des Aufhebens werth, wenn er nicht von der gesammten Scharfmacherpresse mit unverholenen Wohlgefallen wiedergegeben worden wäre, die in der sentimental verlogenen Schilderung der Streikbrecher und ihrer Motive, wie in dem nichtwürdigen Urtheil über angebliche Rohheit Streikender ein kostbares Zugeständnis zu entdecken glaubte. Die alte Klatschtante können wir den Scharfmachern gerne überlassen, denn ihre Vossheitspostillen können uns nicht schaden, aber der Berliner Freisinn kann sich zu diesem Organ gratuliren; es weiß seine kapitalistischen Interessen mit Eifer und Ungeschick zu vertreten und kompromettirt seine Partei in der ärgsten Weise. Kein Wunder, daß die Arbeiter nach solchen Verräthereien nicht einmal in der sog. bürgerlichen Demokratie mehr eine Stütze ihrer Koalitionsfreiheit zu finden hoffen und sich daher, je länger, desto mehr auf ihre eigene Kraft verlassen müssen. Zur Erkenntnis der Vertrauenswürdigkeit des Freisinns kann dies nur dienlich sein.

Unterdeß beginnen die nationalliberalen Bestrebungen, von der Zuchthausvorlage zu retten, was zu retten möglich ist, eine immer bestimmtere Gestalt anzunehmen. Die „Köln. Ztg.“ seufzt schon nach einer neuen Denkschrift, in der nur unbedingt zuverlässiges Material über Streikterrorisimus gesammelt und in zuverlässiger Weise bearbeitet werden dürfte. Als ob man überhaupt so viel Objektivität von den reaktionären Helfershelfern der Scharfmacher voraussetzen könnte. Wenn die Denkschrift streng objektiv und wahrheitsgemäß abgefaßt würde, so könnte eben damit nichts Anderes bewiesen werden, als daß die vorhandenen Strafbestimmungen völlig ausreichen. Um das Gegentheil zu beweisen, muß die Denkschrift tendenziös und strupellos zusammengestellt sein, und dies würde für alle folgenden genau so zwingend zutreffen, wie für die Erste unrühmlichen Ungedenkens.

Bedeutfamer dagegen sind die Vorschläge des nationalliberalen Professors van der Borcht, der

gegen die Zuchthausvorlage den Vorwurf einseitiger Bekämpfung der Arbeiterkoalition erhebt. Die Vorlage leide an dem schweren Fehler, daß sie nur an den Mißbrauch des Koalitionsrechts denke, aber die Frage seines vernünftigen Gebrauchs und seines Schutzes ganz außer Acht lasse. Daher sammle sich eine gefährliche Unruhe bei den betroffenen Arbeitern an und liefere denen, die diese Unruhe rege erhalten, willkommenen Agitationsstoff. Von der Borghit will zunächst das Koalitionsrecht derart sicher gestellt wissen, daß der § 152,1 der Gew.-O., der bisher nur Vereinigungen und Verabredungen zwecks Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen gelte, in Zukunft für alle Einwirkungen auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse zutreffen und daß den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit zuerkannt werden solle. Letztere müßten sich jedoch verpflichten 1. vor Eröffnung einer geplanten Arbeitseinstellung oder Arbeiteraussperrung das zuständige Gewerbeamt oder ein behördlicherseits besonders zu bildendes Einigungsamt anzurufen und sich auch im weiteren Verlauf der Arbeitseinstellung oder Sperre dem Verfahren nicht zu widersetzen; 2. in den Statuten die Zweckbestimmung der einzuziehenden Beiträge und des anzuzammelnden Vermögens genau zu bezeichnen und damit der Behörde eine gesetzliche Handhabe zu geben, gegen jede statutenwidrige Vermögensverwendung durch Vermögensseparation oder Vermögenskonfiskation vorgehen zu können.

Nachdem von der Borghit auf diese Weise das Koalitionsrecht genügend geschützt glaubt, will er nun dem Koalitions- und Streikzwang an den Krügen, und dazu konstruiert er folgende 7 Todtsünden, deren Anwendung als Zwangsmittel strafbar sein sollen: 1. Körperlicher Zwang, 2. Drohung, 3. Ehrverletzung, 4. Verurteilung, 5. rechtswidrige Wegnahme, Vorenthaltung oder Beschädigen von Arbeitsgeräten, Arbeitsmaterial, Arbeitserzeugnissen oder Kleidungsstücken, 7. Bewachen oder Besetzt halten von Wohnungen, Arbeitsstätten, Wagen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wasserstraßen, Hafens- oder sonstigen Verkehrsanlagen oder des Zuganges zu denselben oder der Aufenthalt an diesen Verlichkeiten oder in deren Nähe, soweit dasselbe nicht lediglich zu dem Zwecke erfolgt, Nachrichten oder Auskünfte zu geben oder einzuziehen. 7. Ungehöriges oder belästigendes Folgen auf Wegen und Straßen. Ausdrücklich wird bemerkt, daß keine dieser Handlungen an sich strafbar sei, sondern nur der dadurch verübte oder versuchte Koalitionszwang, um Arbeiter oder Arbeitgeber zur Teilnahme an Vereinigungen oder Verabredungen der Art des § 152 zu bestimmen oder von der Teilnahme abzuhalten oder um zur Förderung oder Herbeiführung einer Arbeiteraussperrung Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Heranziehung von Arbeitern zu hindern, sowie endlich zur Herbeiführung oder Förderung eines Ausstandes Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit zu bestimmen oder an deren Annahme oder Ausführung zu hindern. Endlich sollen solche Arbeiter, die sich nicht an einem Ausstand beteiligten, gegen spätere Racheakte oder wirtschaftliche Schädigungen geschützt werden.

So sieht der neue Kaufschuckparagraf 153 aus, den ein nationalliberaler Staats und Anstandsretter an Stelle der Zuchthausvorlage vorschlägt, — auf der einen Seite eine völlig nutzlose und eher höchst bedenkliche Koalitionsbevormundung, was der Herr Professor rechtliche Sicherstellung nennt, auf der anderen Seite eine reichhaltige Auswahl neuer Fuzangeln und Tendenzbestimmungen, um das Streifen praktisch zu einer Unmöglichkeit zu machen. Unter den sieben Todtsünden sind nur solche, die den Arbeitern anzurechnen wären, während die Zwangsmaßnahmen der Unternehmer sich jeder derartigen Formulierung entziehen. Bezeichnenderweise giebt sich Herr van der Borghit nicht einmal Mühe, nachzuweisen, daß seine Vorschläge Unternehmer und Arbeiter mit gleichem Maße messen. Aber gerade deshalb haben dieselben alle Aussicht in der zweiten Lesung der Zuchthausvorlage eine erhebliche Rolle zu spielen, denn sie bieten in ihrem zweiten Theile das, worauf es den Reaktionären und den Industriellen hauptsächlich ankommt. Was vom ersten Theil verwickelt wird, darauf kommt es auch wahrlich nicht an; es ist so wenig, daß die Reaktionäre ihm ebenso leicht zustimmen, wie die Antragsteller darauf verzichten könnten, wenn es sich nicht darum handelte, unter allen Umständen den Schein eines Koalitionschutzes aufrecht zu erhalten. Diese Coullissenstrebereien der Nationalliberalen beweisen, daß die Gefahr der Koalitionsanfechtung für die Arbeiter keineswegs vorüber ist, sondern daß sie verschärft wiederkehrt. Denn gegen die Zuchthausvorlage und ihre Begründung mit ihren Aburtheilungen und Verdrehungen könnte man sich leichter wehren, als gegen die Heuchelei, die das Koalitionsrecht unter der Maske, es weiter zu entwickeln, menschen will. Die Arbeiter-

schaft wird aber nach wie vor auf dem Posten sein, um auch diese Treibereien gebührend zurückzuweisen. Die beste Antwort auf die Bestrebungen der Koalitionsfeinde ist vor allem eine lebhaftige Agitation für die viel angefeindeten Gewerkschaftsorganisationen. Möge darin Jeder seine Pflicht thun.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine stark besuchte Versammlung der Steinmehrer, die auch von italienischen Steinarbeitern zahlreich besucht war, tagte am 31. Oktober, um zu der Beschädigung der Denkmäler in der Sieges-Allee, insbesondere aber, um zu der bekannten Neukerung des Professors Meier von der Akademie der Künste Stellung zu nehmen. Ehe man in die Tagesordnung eintrat, erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Grusche von den Plätzen. Ausnahmslos wurde dann von allen Rednern, auch von den anwesenden Steinbildhauern, die Verdächtigung des Herrn Professor Meier, daß der Urheber der Denkmalsverkleinerung unter den Berliner Steinarbeitern zu suchen sei, mit Entrüstung zurückgewiesen. Von einem Racheakt oder Brotneid gegenüber den italienischen Berufskollegen könne gar keine Rede sein, weil die hier arbeitenden italienischen Steinmehrer und Steinbildhauer den hiesigen Berufsorganisationen angehören und gemeinsam und solidarisch mit ihren deutschen Kollegen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, und überhaupt ein gutes Verhältnis zwischen den Arbeitern der beiden Nationalitäten besteht. Es wurde im Weiteren darauf hingewiesen, daß auch die Art der Beschädigung nicht darauf schließen läßt, daß sie von Fachleuten ausgeführt worden ist, vielmehr muß das Gegentheil angenommen werden. — Einmütig gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung verurtheilt ganz entschieden die Denkmalsbeschädigung in der Sieges-Allee, als einen gemeinen Rohheitsakt. Zu gleicher Zeit protestirt die Versammlung gegen die Verdächtigung des Herrn Professor Meier von der Kunstakademie, daß die ruchlosen Thäter in den Reihen der Berliner Steinarbeiter zu suchen seien. Die Berliner Steinarbeiter haben zu solchen Rohheiten gar keine Veranlassung, indem sie mit ihren italienischen Kollegen in Berlin im besten Einvernehmen leben; sie würden eine solche unerhörte Handlungsweise auch dann verurtheilen, wenn letzteres nicht der Fall wäre. — Im 2. Punkt wurde beschlossen, daß am Sonnabend auch auf denjenigen Plätzen das „Budenrecht“ abgehalten werden soll, wo dies den Arbeitern verboten wurde. Die Abhaltung des Budenrechtes, das im Steinmehrgewerbe Tradition ist und seit uralter Zeit besteht, ist den Arbeitern nach Beendigung des Streiks auf einigen Plätzen, darunter bei Wimmel und bei Zeidler, verboten worden, trotzdem dieses Verbot den Abmachungen, die bei der Wiederaufnahme der Arbeit getroffen sind, keineswegs entspricht. Außerdem wurde man sich einig, daß jeder arbeitende Steinmehrer für Sonnabend 5 Proz. von seinem Verdienst an die Lohnkommission abzuführen hat, und für die kommenden Wochen alsdann der wöchentliche Beitrag von 40 Pfg. erhoben wird. Zur Abrechnung des Streiks wählte man die nöthigen Revisoren. — Einige Unterstufungsgeheusche wurden geregelt, die Säumigen zur ärztlichen Untersuchung aufgefordert und alsdann die Versammlung geschlossen.

Reucha, Brandis. Am 31. Oktober fand im Feldschloßchen zu Reucha eine gutbesuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Im Gewerkschaftlichen berichtete Kollege Jesty Lange aus Leipzig über die stattgefundenen Aussperrung und welche Lehren wir daraus ziehen können. Unter Anderem wurde viel über hier herrschende Mißstände diskutiert. — Hierauf gab der Kassirer den Kuratelsabschluß bekannt. Einnahmen 315,70 Mk., Ausgaben 208,20 Mk., Bestand 107,50 Mk. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. — Niemand dachte daran, daß uns das Lokal zum letzten Mal zur Verfügung stand, da der Besitzer beim Militärverein ist, wurde ihm anheim gegeben, entweder aus dem zu treten oder seinen Saal uns nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Er wählte das Letztere und wir sind jetzt ohne Saal. Kollegen, wenn wir jetzt auch eine Zeilang keine Versammlungen abhalten können, so müssen wir um so fester zusammenhalten und ein jeder dafür agitiren, daß wir bald wieder ein Lokal bekommen. Unser Wahlpruch heißt: „Einigkeit macht stark.“

Braunschweig. In einer Besprechung, welche am 21. Oktober stattfand und ausnahmsweise gut besucht war, waren mehrere Kollegen der Ansicht, mit den Maurern Braunschweigs zusammen zu treten, da die Kollegen einzeln arbeiten und bei Versammlungen durch Abwesenheit glänzen. Auch war man der Meinung, daß gemeinsam mit den Maurern ein Druck zur Verbesserung der Lage herbeizuführen sei. Ferner wurde bekannt gegeben, daß der Fremdenverkehr und das Versammlungslokal „Gasthof zur Börse“, Werder 32, sich befindet. Desgleichen sahen sich die Anwesenden veranlaßt, von einem Kollegen, welcher gegen die Beschlüsse gehandelt, jetzt aber wieder Beiträge leisten will, dieses abzulehnen. Auch werden die Kollegen Friedrich Kohn aus Herzberg a. L. und Heinrich Orbe aus Riddagshausen bei Braunschweig hierdurch ersucht, ihren Pflichten bez. des „Steinmehrer“ nachzukommen. Die Adresse des Vertrauensmanns ist Wilh. Spelge, Braunschweig, Bergstr. 13.

Dortmund. Am 22. Oktober fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Kühn-Röll anwesend, welcher in 1 1/2-stündigem Vortrag den Kollegen die Nothwendigkeit der Organisation klarlegte, denn der Kapitalismus habe, Hand in Hand mit den Behörden, alles auf, um das werththätige Volk immer tiefer zu drücken, besonders mache sich dieses in Rheinland und Westfalen bemerkbar. Als klassisches Beispiel ging er näher auf die Verurteilung des Kollegen Klesper ein, welcher für Eintreten für die Organisation 6 Wochen Gefängnis zu verbüßen hat. Der Steinhauer Wittig aus Münster, welcher als Werkzeug zu diesem Vorkommniß gedient hatte, und sein Wort zur Erwidrung vorbrachte, verließ besämt das Lokal. Redner streifte die jetzt vorliegende Zuchthausvorlage und deren Schattenseiten und appellirte an die Kollegen, nicht eher zu ruhen bis das ganze Westfalen organisiert sei. Ein anhaltendes Bravo lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Alsdann wurde durch Kollegen Klesper angeführt, daß er seine Strafe antrete und an seine Stelle ein neuer Vertrauensmann zu wählen sei. Nach seiner Freilassung werde er mit ganzer

Kraft wieder für die Interessen der Organisation eintreten. — Es wurde Kollege Schmied, Altermühlweg 13, als 1. Vertrauensmann gewählt. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten. — Im Verschiedenen wurde laut Antrag der Steinhauer Wittig für seine Handlungsweise ans der Organisation ausgeschlossen. Selbiger war wieder anwesend, hörte den Beschluß und erklärte: er lebe doch, ob er ausgestoßen wäre oder nicht. Die Versammlung war jedoch anderer Meinung und hofft, sich nicht zu täuschen, daß der Steinhauermeister Dohs auch dieser Kraft das Gnadenbrot bald entziehen wird.

Frankfurt a. M. Zu der am Dienstag den 31. Oktober gut besuchten Versammlung erstattete Kollege Deckert die Abrechnung vom III. Quartal. Einnahme inkl. Kassenbestand 1976,88 Mk., Ausgabe 1276,02 Mk., Kassenbestand 700,86 Mk. Davon sind auf der Sparkasse angelegt 540 Mk. Betreffend Maßregelung des Kollegen S. wurde beschloffen, demselben eine Zulage zu der Unterstützung seitens der Geschäftsleitung zu gewähren, bis er anderweitig Arbeit gefunden hat. Die Unterstützung für Kollegen B. wurde gutgeheißen. Die Versammlung war der Ansicht, daß in Zukunft die Gemäßregelungen von der Geschäftsleitung noch besser unterstützt werden, damit die Kollegen, die für unsere gerechte Sache direkt oder indirekt hinausfliegen, vor aller Sorge geschützt sind. — Die Angelegenheit vom letzten Stützungsfest wurde laut Antrag dahin geregelt, daß die Sache bis zum Samstag, den 4. November, erledigt wird. Eine Debatte entspann sich zum Schluß noch über die Vorkommnisse in der Steinmehrabteilung Holzmann u. Comp. Die Firma hatte fast allen Steinarbeitern pro Stunde 5 Pfg. vom Lohn abgezogen. Alle Redner kritisirten diesen Abzug. Insbesondere wiesen sie darauf hin, daß der Lohnabzug um so ungerichter sei, weil im Sommer die Leute gut waren. Jetzt im Herbst, wo die Firma schon die Arbeitszeit auf 8 Stunden reduziert, der Lohn aber so niedrig sei, daß man kaum menschlich leben könne. Der Kommission, die bei der Betriebsleitung vorstellig ward, wurde erklärt, die Arbeit täme jetzt zu theuer, (!!) und daß die Firma sich auf nichts weiter einlassen würde. Die Ursachen dieses Abzuges wurden auch erörtert. Der Hauptgrund wird wohl sein, daß durch den 13 wöchentl. Zimmerstreik die Arbeit vorgearbeitet wurde und das Verhalten einiger Kollegen des Werfplatzes mit dazu beigetragen hat, den Abzug zu vollführen. Es ist traurig, daß es noch Kollegen giebt die sich durch nichts überzeugen lassen, die nicht in die Versammlungen kommen und dadurch sich und ihre Mitkollegen schwer schädigen. Das muß anders werden wenn wieder andere Zustände Platz greifen sollen. Hoffen wir, daß die Kollegen nicht von der Organisation abfallen, wenn einmal die Stürme brausen. Gerade in den Zeiten der Noth ist es nothwendig, fester und enger sich zusammenzuschließen, denn „großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit.“

Hamburg II. Eine öffentliche Versammlung der Marmor- und Granitarbeiter fand am 17. Oktober statt. Die Abrechnung vom III. Quartal ergab: Einnahme 345 Mk. 45 Pf., Ausgabe 183 Mk. 55 Pf., Bestand 161 Mk. 90 Pf. Hiervon sind 100 Mark auf der Volksbank hinterlegt. Die Abrechnung wurde anerkannt und der Vertrauensmann entlastet. — Den Kartellbericht erstattete Kollege St. Er hob besonders hervor, daß die Errichtung eines Arbeiterssekretariats von den Gewerkschaften Hamburgs abgelehnt sei, jedenfalls komme es in nächster Zeit abermals zur Abstimmung. — Der Vertrauensmann ersuchte die Kollegen die Tackchen Schuhgeschäfte zu meiden und in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen darauf hinzuweisen, damit dieser Firma eine anständigere Meinung von der Arbeiterorganisation beigebracht wird. — Da von den Kommissionsmitgliedern nur zwei anwesend waren, wurde der Punkt „Vervollständigung der Tarifkommission“ verlagert. — Den Marmorarbeitern Hamburgs scheint es noch viel zu gut zu gehen, denn finden Besprechungen über Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen statt, glänzen die meisten Kollegen durch Abwesenheit. Von selber aber bewilligen die Meister keine bessere Existenzbedingungen, deshalb organisiren wir uns und nur durch eine stramme Organisation kann etwas erreicht werden. Dazu gehört aber in erster Linie ein regelmäßiger Versammlungsbefuch.

Sameln. Am 22. Oktober fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Genosse Hermès-Sameln referirte über „Nutzen der Gewerkschaften und Kartelle“. Er verstand es, den Kollegen klar zu machen, welchen Nutzen die Gewerkschaften und Kartelle bringen. Kollege Müller-Bensdorf legte ebenfalls klar, welchen Nutzen der Streik in Berlin und Schlesien gebracht hat. — Kollege Müller forderte die Anwesenden auf, sich dem Kartell anzuschließen, was einmütig angenommen wurde. Als Kartell-Delegirten wurden gewählt: Chr. Müller-Sameln, Jänisch-Sintel. In Verschiedenem kritisirte Kollege Kretschmar die Mißstände bei der Firma B. Wellhausen-Hollensen, welches wie gewöhnlich dem Kollegen keine Stellung kosten. Er bekam die bekanntlichen Worte zu hören: „ich lasse mir von den Gesellen keine Vorschriften machen.“

Silbesheim. Am 27. Oktober fand eine ziemlich gut besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. — Genosse Lohr hielt einen Vortrag über „Die Arbeitslosigkeit und ihre gesundheitlichen Folgen.“ Er legte klar, was für gesundheitliche Schäden die Arbeitslosigkeit nach sich zieht und wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. — Da kein Kollege das Amt eines Vertrauensmannes annehmen wollte, wird bis auf Weiteres Kollege Friedrich Rodtrock die schriftlichen Arbeiten erledigen und sind Briefe u. s. w. an dessen Adresse: Arndtstraße 23, Hinterhaus, zu senden. Als Kassirer wurde Kollege Karl Engelhardt gewählt.

— Am 2. November fand abermals eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. — In derselben wurde die Abrechnung des früheren Vertrauensmannes, Kollegen Zent, verlesen, für richtig befunden und ihm für seine bisherige Verwaltung gedankt. Als Revisoren wurden die Kollegen Zent, Kettelhate und Hasper gewählt. Da wir bisher keine Beiträge von Kollegen Sch. angenommen hatten, war selbiger erschienen, um seine Angelegenheit vorzubringen. Er gab sein unkollegiales Verhalten zu, und bat die Kollegen die Reibereien zu unterlassen. Es wurde hierauf beschloffen, ihn wieder in unsere Reihen aufzunehmen, und der Kollege versprach treu und fest zu uns zu halten. — Ferner wurde beschloffen, für die Unregelmäßigkeiten der früheren Vertrauensleute Rudolf und Neumann kein Geld mehr an die Geschäftsleitung zu senden, da wir weit über die Hälfte bezahlt hätten und der Rest etwas über 100 Mark, niedergeschlagen werden sollte. —

Zum Schluß wurden noch die Kollegen vom Platz Träger aufgefordert, sich besser an den Versammlungen zu beteiligen und ihre Bücher gut in Ordnung zu halten.

Knittlingen. Die am 29. Oktober stattgefundenen Steinarbeiter-Versammlung war trotz aller guten Bekannmachung leider wieder schwach besucht. Einige Kollegen zogen es vor nach Auswärts zu gehen, um dort Vergnügungen mitzumachen. Kollege Anritter-Sulzfeld kritisierte in seinem Referat die Uebelstände, welche nur von einem einzigen Kollegen herrühren. Am Weiteren forderte er die Kollegen auf, nicht nur um anderer Willen die Versammlung zu meiden. Mit dem Hinweis, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, selbst zu agitieren, schloß Redner mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. — Ferner wurde kritisiert, daß der „Steinarbeiter“ seit einiger Zeit immer einige Tage zu spät kommt.

Konstanz. Am 14. Oktober fand eine gut besuchte Steinhauer-Versammlung statt, in welcher unter anderem die Statistiken des verflossenen Jahres eingezogen und die des kommenden Jahres vorausgibt wurden. Der Vertrauensmann bemerkte dabei, daß die des letzten Jahres wieder sehr schlecht ausgefallen seien, und unterzog dies einer scharfen Kritik. — Im Weiteren gab er eine genaue Belehrung über die Ausfüllung und über den Wert und die Notwendigkeit der Statistik. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die organisierten Kollegen dafür sorgen, daß auch die, welche sich noch nicht unserer Organisation angeschlossen, sich an der Statistik beteiligen, damit es endlich einmal möglich wird, auch in Konstanz ein genaues und klares Bild über unsere Verhältnisse zu erhalten. Auch wies er auf die elenden Mittel, welche die gegnerische Presse zur Einführung des Zuchtstrafgesetzes benützen, hin. Daher sei es dringend notwendig, daß jeder Arbeiter auf eine Arbeiterzeitung abonniere. — Im Weiteren gab er noch bekannt, daß er gerne bereit sei, in der nächsten Versammlung durch statistische Beweise und ein genaues Zahlenmaterial die elende Haltung der gegnerischen Presse zu charakterisieren. Wir geben noch die glänzenden Verhältnisse, welche sich durch die Statistik ergeben haben, bekannt. Der Durchschnittsverdienst im Jahre beträgt hier 998,33 M. bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden im Sommer; das Durchschnittsalter ist nicht genau festzustellen, aber doch so viel, daß sämtliche gegenwärtig hier beschäftigten Steinhauer im Durchschnitt genommen erst 12 Jahre dem Beruf angehören. Es ist das ein Zeichen, daß die Bearbeitung der hiesigen Steine bei so langer Arbeitszeit auch ungesund sind. Es wird natürlich gerne von gegnerischer Seite mit den paar alten Kollegen sich gebrüht. Von denen aber, welche so früh hinweg gerafft werden, spricht man nicht.

Löwenberg. In der am 24. Oktober stattgefundenen Steinarbeiter-Versammlung, verlas der Vertrauensmann Mathes die Vierteljahresabrechnung, welche von den Revisoren geprüft und von der Versammlung für richtig anerkannt wurde. Hierauf schritt man zur Wahl eines Vertrauensmannes, einstimmig wurde Kurt Mathes gewählt, und sind alle Sendungen an dessen Adresse zu richten. Im Gewerkschaftlichen beschloß man, um die durch den Ausstand geschwächte Kasse zu kräftigen, bis auf Weiteres 2 pCt. zu steuern. — Scharf wurde das unsozialistische Verhalten der Arbeitswilligen, welche beim Ausstand uns in den Rücken gefallen sind, getadelt, und ein Beschluß angenommen, selbige mit Verachtung zu strafen, und nicht mehr in die Reihen der Organisierten aufzunehmen. Als Verkehrslokal wurde der „Schwarze Adler“ bestimmt und bekannt gegeben, daß das Organisationsbuch Karl Krabel, Ober-Postl. 1, angeblich verloren ist. Selbiger arbeitet zur Zeit hier.

Magdeburg. Am 28. Oktober fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Steinarbeiter statt. Auf Antrag wurde einstimmig beschlossen, die Grunderwerbsteuer bis zur nächsten Versammlung beizubehalten. Es sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß der Streit viel Kosten verursacht hat. Als Revisoren wurden zwei Kollegen gewählt, die vom 3. Quartal die Bücher des Vertrauensmanns zu prüfen und der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten haben. — Als zweiter Vertrauensmann wurde Kollege Kartegast einstimmig wiedergewählt. — Zur diesjährigen Statistik waren 34 Fragebogen abgegeben. Der Statistiker gab uns eine genaue Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wurde getadelt, daß manche Kollegen den Zweck und Nutzen der statistischen Erhebungen noch nicht einsehen. Um ein genaues Resultat zu erhalten wurde nochmals gebeten die Fragebogen wahrheitsgetreu auszufüllen, damit die Deffentlichkeit erfährt, was ein Steinmeh verdient und zu leiden hat. — 15 indifferente Steinmeh hatten wir zu verzeichnen und 20 Schleifer und Hilfsarbeiter die früher organisiert waren. Sie haben kein Interesse an der Organisation sonst müßten sie mit arbeiten und freiwillige Beiträge leisten. Zu anderen Gewerkschaften sagen diese Leute noch obendrein, sobald sie gefragt werden, sie wären organisiert, was doch eine große Lüge ist. — In Verschiedenem wurden die Restanten verlesen welche der Organisation noch Geld schulden. Um der Sache ein Ende zu machen wurde ein Antrag einstimmig angenommen, dem jetzigen Rechtsanwalt die Angelegenheit abzunehmen und einem Anderen zu übertragen. Kollege Müller hat die Sache in der Hand weil er damit Bescheid weiß. Wir wollen wissen wer Recht hat. Die „Auch-Kollegen“ haben Marken vertrieben und das Streifgeld nicht abgeliefert was andere Gewerkschaften zusammengebracht haben. — Auf einen Antrag wurde einstimmig beschlossen, von Kollegen die keine Grunderwerbsteuer entrichten auch keine freiwilligen Beiträge anzunehmen, weil diese Leute es doch nicht ehrlich meinen.

Rürnberg. Am 2. November fand eine Steinarbeiter-Versammlung statt, welche der Zahl der hier beschäftigten Steinarbeiter entsprechend schlecht besucht war. Aufgenommen in die Organisation wurde ein Kollege. — Die vom Vertrauensmann verlesene Monatsabrechnung war von den Revisoren geprüft und wurde von der Versammlung anerkannt. — Die Wahl des zweiten Vertrauensmanns und der Agitations-Kommission mußte zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Alsdann gab Kollege Schönstein einen kürzeren aber sachlichen Bericht über die letzte stattgefundenen Sitzung des Gewerkschaftsartikels. — In Verschiedenem wurden die Kollegen Klünger und Obermayer einstimmig als Revisoren gewählt, einige örtliche Angelegenheiten geregelt, sowie bekannt gegeben, daß die Reiseunterstützung von Abends 1/2 6 bis 1/2 7 Uhr, Mittags von 12 bis 1 Uhr beim Vertrauensmann Schönstein, Oberbaldhofstr. 6 III, ausbezahlt wird.

Oppach. In den Ehemittelstellen von Oppach und Umgebung tritt von Tag zu Tag eine größere Laubheit bei

den organisierten Kollegen ein, welche, wenn sich die Kollegen nicht aufraffen, Bedenken erregt. Diejenigen, welche sich früher der Agitation widmeten und Vertrauensposten vertraten, scheinen sich gar nicht zu erinnern, daß es in hiesiger Gegend in Büchern und Werkstellen noch sehr viel Mißstände abzuschaffen und für die Organisation Mitglieder anzuwerben gibt, um Schulter an Schulter den Kampf gegen den Kapitalismus führen zu können. Anders ist es bei den Unternehmern, welche die Schwäche der Steinmeh erkennen und diese auch auszumühen verstehen. So kommt es z. B. vor, daß sich ein Kollege eine Flasche Bier holt, oder ein paar Minuten zu spät kommt. Sofort erhält er vom Meister oder Chef eine Zurechtweisung, oder er wird gleich nach Hause geschickt. Auch werden die Preise immer mehr gedrückt und nach Gutdünken bezahlt. Woran dies liegt, ist erklärlich, die Steinarbeiter tragen selbst die Schuld. Es giebt Werkstellen, wo 3 Mann beschäftigt werden, 2 davon sind organisiert und der dritte, welcher früher für die Interessen eintrat, ist jetzt nicht mehr dazu zu bewegen. Nicht Bosheit oder irgend ein anderer Grund hält ihn von der Organisation fern, sondern die Laubheit der übrigen Kollegen. Die Energie fehlt! Bei zwecklosen Klimbim-Bereinen sind derartige Leute zu finden, sie opfern ihre ersundenen Arbeitergroßen, anstatt daran zu denken, daß von Tag zu Tag bei der besten Konjunktur die Löhne immer mehr gedrückt werden, und nur eine gute Organisation der Arbeiter in der Lage ist, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. — Kollegen, wir treten nochmals an Euch heran, und eruchen Euch, in unsere Reihen zu treten. Kämpft wieder mit uns Schulter an Schulter, erwerbt durch Eure Laubheit nicht die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, damit Ihr nicht an Euch und Eurer Familie zum Verräther werdet.

Blauen. Am 24. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche sich zunächst mit den wöchentlichen Beiträgen beschäftigte. Die Kollegen zahlten bis jetzt 30 Pf. pro Woche. Da dies aber nicht mehr ausreicht, wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen, 1/2 Prozent vom verdienten Lohn wöchentlich zu zahlen. Ferner wurden die Uebelstände betreffs der Frühstücksbuden kritisiert. Es wurde sogar von einigen Kollegen behauptet, daß sie gar keine Frühstücksbude hätten. Nicht einmal ein Raum, wo sie ihre Kleider ausbewahren können. Diesem Uebelstande abzuhelfen wurden die Kollegen des betreffenden Platzes beauftragt, bei ihrem Arbeitgeber vorstellig zu werden und ihn zu ersuchen, eine derartige Bude einzurichten. Schließlich wurden 30 Mark für 2 frante Kollegen bewilligt.

Reichenhausen. Am 29. Oktober tagte hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Nach Verlesung der Monats-Rechnungen, die von Seiten der Revisoren für richtig befunden wurden, hielt Kollege Hermann einen Vortrag über: „Können die Gewerkschaften eine Macht gegen das Unternehmertum bilden?“ In der Debatte kam ein „Eingefandter“ der „Frankfurter Volksstimme“ zur Sprache. Der Einsender sollte sich in Zukunft besser orientieren, ehe er solchen Artikel, der theilweise auf falschen Thatsachen beruht, in die Welt schickt. — Kollegen, beherrzt die Worte des Referenten. Thue Jeder seine Pflicht. Nur dadurch, daß wir einig sind, können wir neue Mitglieder der Organisation zuführen. Ruhen wir nicht eher, bis der letzte Steinarbeiter an unserer Seite steht. Erst dann können wir den entscheidenden Schlag führen, der unsern mörderischen Beruf zu einem menschlichen machen kann.

Warthau. Am 3. November tagte hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Der Vertrauensmann gab die Abrechnung vom Streit bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dem Vertrauensmann wurde durch Erheben von den Plätzen Decharge erteilt. Betreffs Erhöhung der Beiträge wurde von einigen Kollegen ausgeführt, wie notwendig es sei, einen Fond zu schaffen, um den frivolsten Streifgelüsten der Unternehmer energisch entgegen treten zu können. Der Antrag, die Beiträge von 30 auf 40 Pf. während der Zeit vom 11. November 1899 bis 1. März 1900 und vom 1. März 1900 bis auf Weiteres auf 50 Pf. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. — In Verschiedenem entspann sich eine längere Debatte, weil einige Kollegen das Ansuchen stellten, die Organisationsbücher als ihr Eigentum zu bezeichnen, was aber vom Vertrauensmann mit der Begründung zurückgewiesen wurde, die Bücher seien Eigentum der Organisation und dieselben seien bei Anfang der Arbeit an den betr. Plakassierer zur Aufbewahrung abzugeben wie bisher.

Weinsberg (Württemberg). Am 29. Oktober fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt, welche auch von den Kollegen der Umgebung und Heilbronn gut besucht war. Kollege Rothmund-Stuttgart referierte über „Unsere Arbeit, unser Recht“, was zur Folge hatte, daß auch in Weinsberg eine Steinarbeiter-Organisation gegründet würde. In die aufgelegte Liste zeichneten sich die Kollegen zahlreich ein. Möge die neugegründete Organisation blühen und gedeihen.

Geschliche Arbeitslosen-Unterstützung.

Die bürgerlichen Parteien fühlen hin und wieder auch einmal das Bedürfnis, auf ihren Parteitagen „Sozialpolitische Beschlüsse“ zu fassen, wodurch sie ihre Arbeiterfreundlichkeit beweisen wollen. Das will jedoch nicht so recht gelingen, denn die Anträge, die dort gestellt werden, sind immer so dehnbar, daß sie ruhig jeder unterschrieben kann, dem es darum zu thun ist, die Ansprüche der Arbeiter möglichst einzuschränken, sich jedoch trotzdem gerne mit Arbeiterfreundlichkeit brüht.

Dieses Mißgeschick der Dehnbarkeit ist auch einem Antrag passiert, den Herr Sonnemann auf dem Parteitage der deutschen Volkspartei betreffs Versicherung der Arbeitslosen gestellt hat.

Er lautet: Der Parteitag erklärt: 1) Gemäß dem Programm der Deutschen Volkspartei ist eine Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit eine wichtige Aufgabe der deutschen Sozialpolitik. 2) Insofern nicht die Gewerkschaften und Gewerksvereine die Versicherung zu übernehmen in der Lage sind, ist eine Versicherung auf kommunaler Grundlage mit oris-tatutarisch einzuführendem Versicherungszwang zur Zeit

der gangbarste Weg, um diese Aufgabe zu lösen. 3) Der erste Schritt, diese Versicherung zu fördern, wie es das Parteiprogramm verlangt, wäre ein Reichsgesetz, das den Gemeinden die heute fehlende Berechtigung gäbe, eine Versicherung auf solcher Grundlage bei sich einzuführen, und das zugleich gewisse Normativbestimmungen aufstellte. 4) Die Gemeinden müßten vollständige Freiheit behalten, die Versicherung einzuführen oder nicht; diejenigen Gemeinden, welche davon nicht Gebrauch machen wollen, würden von dem Gesetz ganz unberührt bleiben. 5) In dem von der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf sieht der Parteitag eine geeignete Grundlage für ein solches Gesetz.

Bis zu Punkt 4 wäre gegen den Antrag nichts einzuwenden. Dieser hebt jedoch den ganzen Antrag wieder auf. Dadurch daß es den Gemeinden frei gestellt werden soll, die Einrichtung zu treffen oder nicht, wird ein derartiges Reichsgesetz, wenn sich wirklich eine Mehrheit dazu finden sollte, ganz bedeutungslos.

Wir sehen ja, wie schwer es hält die Kommunalbehörden zu bewegen, Gewerbegebiete einzurichten, was an und für sich mit weniger Umständen verknüpft ist wie eine kommunale Arbeitslosen-Unterstützung.

Wir glauben mit Recht behaupten zu können, daß den Antragstellern an einer solchen Einrichtung sehr wenig gelegen ist, sonst hätte sie unmöglich eine solche Hintertür in ihrem Andrang offen gelassen. Der Hauptzweck scheint Parteireklame zu sein, indem man den Hirsch-Dunferschen Arbeitern doch zeigen muß, daß sie nicht umsonst Anhänger der Freisinnigen Partei sind.

Mit der geschlichen Arbeitslosen-Unterstützung wird es eben so kommen, wie mit allen sozialpolitischen Einrichtungen. Wenn sich die deutschen Gewerkschaften im Allgemeinen erst soweit entwickelt haben, daß sie sich selbst derartige Einrichtungen leisten können, wie sie bei älteren Organisationen ja schon vorhanden sind, dann wird man auch in anderen Kreisen der Frage näher treten. Wir brauchen nur an die Errichtung der Zwangskassen (Ortskrankenkassen) zu erinnern.

Auch hier hat man erst Hand ans Werk gelegt, nachdem die freien Hilfskassen emporblühten und deshalb befürchtet wurde, daß sie als Waffen der Arbeiter in ihren Kämpfen auf wirtschaftlichem Gebiet benutzt werden könnten, und was geschah? Man stellte sie einfach unter Polizeiaufsicht und gründete als Gegengewicht die Ortskrankenkassen.

So wird auch demaleinst mit der Arbeitslosen-Unterstützung kommen. Gesetze werden in Deutschland gewöhnlich erst dann geschaffen, wenn man vor vollendeten Thatsachen steht.

Der Dank der Unternehmer.

Im Inseratenteil des Dresdener Anzeigers befand sich kurz nach der Beendigung der Absperrung der Steinarbeiter eine große eine Viertelseite einnehmende Annonce folgenden schönen Inhalts:

„Vereinigte Arbeitgeber des Steinmehgewerbes zu Dresden, Pirna und Umgegend.“

Nach eingetretener Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Steinmehgewerbe gestattet sich ergebenst unterzeichneter Vorstand, mit Gegenwärtigem den königlichen, städtischen und kirchlichen Baubehörden, den Herren Baumeistern und dem hiesigen Publikum für die bewiesene Nachsicht bei Ablieferung von Steinmeharbeiten während der Dauer des Streikes seinen ganz ergebensten Dank auszusprechen, hiermit zugleich die weitere höfliche Bitte verknüpfend, in den nächsten Tagen von weitgehenden Forderungen noch absehen zu wollen, da voraussichtlich kurze Zeit vergehen wird, ehe der Betrieb wieder in vollem Umfange hergestellt sein wird.

Dresden, den 21. Oktober 1899,

Hochachtungsvoll ergebenst

Der Vorstand obengenannter Vereinigung.“ Den Dank haben die genannten Behörden vollauf verdient; haben sie doch die Unternehmer, welche die Arbeiter ausgesperrt haben, durch Bewilligung von Aufschub kräftigst unterstützt. Die Arbeiter werden daraus von neuem die Lehre ziehen, daß die königlichen, städtischen und kirchlichen Behörden sich als Stützen der Unternehmer-Interessen betrachten.

Den Steinarbeitern von Schneeberg und Umgebung zur Aufklärung über die Organisation!

Warum organisieren sich die Arbeiter?

Organisieren heißt sich vereinigen, sich eingliedern. Es handelt sich um eine Vereinigung zu Vereinen und Gewerkschaften; die Vereine und Gewerkschaften gliedern sich wieder zusammen zu großen Verbänden und bilden miteinander einen großartigen Organismus.

Warum wollen sich die Arbeiter organisieren?

Weil die Organisation, die Vereinigung, allein das Mittel ist, für die Befreiung der Arbeiter aus Abhängig-

keit und Noth, für die Besserstellung und Hebung des arbeitenden Volkes. Der Einzelne für sich allein ist machtlos, ausgeliefert auf Gnade und Ungnade seinen mächtigen Arbeitgebern, ausgezehrt der Arbeits- und Existenzlosigkeit; die Arbeiterschaft in ihrer Vereinigung und Solidarität ist unüberwindlich: „Alle Räder stehen still, wenn ihr starker Arm es will!“

Warum kann die Organisation allein den Arbeitern helfen?

Die Arbeiterorganisationen verlangen höhere Arbeitslöhne für die Arbeiter. So lange ein Arbeiter allein mit seinem Arbeitgeber unterhandelt, ist er bei weitem der schwächere Theil. Unter dem Zwange der event. Arbeitslosigkeit verrichtet er die Arbeit um einen geringen Lohn, ja er läßt sich die Herabsetzung seines Lohnes gefallen. Verweigert er die Arbeit, so tritt ein Anderer an seine Stelle. Keine Rede davon, daß der Arbeitgeber seinen Betrieb einstellen müßte, wenn ein oder mehrere Arbeiter vereinzelt die Arbeit einstellen. Ganz anders stellt sich die Sachlage, wenn die Arbeiter eines Gewerbes zu einer Gewerkschaft organisiert, also solidarisch verbunden sind. Dann steht dem Arbeitgeber die ganze Gewerkschaft beim Abschluß eines Vertrages über den Lohn der Arbeit gegenüber. Wenn die organisierte Arbeiterschaft mit Arbeitseinstellung droht, dann entsteht für den Arbeitgeber die Gefahr der Betriebseinstellung; und den durch Betriebseinstellung erwachsenden Schaden, vielleicht sogar drohenden Ruin fürchtet der Unternehmer noch mehr, als der Arbeiter die Arbeitslosigkeit. In der Arbeiterorganisation tritt dem Arbeitgeber ein gleich starker Kontrahent entgegen, und man kann dann von einem freien Vertragsabschluß reden, während der einzelne Arbeiter nicht freie, sondern in einer Zwangslage — der Gefahr des Verhungerns — seine Arbeitskraft an den Arbeitgeber verkauft.

Der einzelne Arbeiter hat in gewissen Fällen gar keine Ahnung, daß der Arbeitgeber im Ernstfall dem Arbeiter eher den Lohn verdoppeln, als ihn entlassen würde. Aber weil der einzelne Arbeiter diese Sachlage meist nicht kennt, kann er sie auch nicht ausnützen und mit Nachdruck seine Forderung stellen. Das ändert sich im Lohnkampfe, den die gesammte Arbeiterorganisation führt. An deren Spitze finden sich Männer, die die einschlägigen Arbeits- und Lohnverhältnisse kennen. Diese Männer können auch besser als der einzelne Arbeiter beurtheilen, welcher Zeitpunkt der richtige und günstige ist, um Forderungen stellen zu können und in die Lohnbewegung zu treten. Ueberhaupt ist nicht der Einzelne, sondern bloß die organisierte Arbeiterschaft imstande, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erlangen. Die Organisation wiedersetzt sich mit Erfolg einem Uebermaß der Arbeitszeit, das mit der sittlichen Würde des Menschen nicht vereinbar ist; sie setzt hygienische Forderungen durch, sie stemmt sich gegen die Beeinträchtigung staatsbürgerlicher Rechte, wie z. B. gegen die Entlassung von Arbeitern, die von ihrem Vereinsrechte Gebrauch gemacht haben, sie weist rohe Behandlung oder unsittliche Zumuthungen seitens brutaler und sittenloser Aufseher, Geschäftsführer und Vorarbeiter zurück.

Was für weitere Vortheile bieten die Organisationen den Arbeitern?

In den Gewerkschaften und Arbeitervereinen findet der Arbeiter Belehrung durch Vorträge, Vorlesungen und Diskussionen. Er wird aufgeklärt über die Ursachen und Wirkungen der sozialen Noth, über das Verhältnis von Besitz und Arbeit, über seine eigene Lage und über die Mittel zu Beseitigung der Noth und Armut. In den gewerkschaftlichen Vereinen findet der Arbeiter treue Freunde und Kollegen oder Kameraden. Die Organisation bietet dem Arbeiter in der Noth eine Stütze, im Falle der Arbeitslosigkeit oder Krankheit, Hilfeleistung. Nicht zu Trinkgelagen und zu leichtfertiger Verschwendung verleiten die Gewerkschaften, sondern zu treuer Freundschaft und zu solider, charakterfester Lebensführung halten sie an.

Die Herren Unternehmer sollten eigentlich das Gedeihen der Arbeiterorganisation begrüßen und begünstigen, denn die organisierten Arbeiter sind im allgemeinen tüchtig und solid; Trunksucht und Blaumachen vertragen sich nicht mit der Gewerkschaftslehre, ja, es giebt Arbeitervereine, welche lächerliche Elemente statutarisch ausschließen.

Bauern und Handwerker haben an der Organisation der Arbeiterschaft ein direktes Interesse. Ihr Los ist davon abhängig, ob die Arbeiter guten Lohn haben, also kaufkräftig sind oder nicht.

Handwerker sollten nicht bloß daran denken, daß ihre eigenen Gesellen nach ordentlicher Löhnung streben, sondern auch erwägen, daß Schuhe, Kleider, Möbel, Brot, Fleisch, Holz und so viel andere Gegenstände des Haushaates um so mehr Absatz finden, je bessere Löhne die gesammte Arbeiterschaft erhält. Von dem Verbrauch der reichen Leute allein könnten die Handwerker nicht leben. Sie gedeihen um so besser, je mehr die Arbeiter Anschaffungen machen können, während arme, schlechtbezahlte Arbeiter weder dem Handwerkerstand, noch dem Bauernstand Verdienst geben können. Auch die Vermieter, Krämer und Milchhändler haben weniger Verluste zu riskieren, wenn die Arbeiterschaft ordentlichen Lohn hat.

Ist es recht und billig, das Streben des Arbeiters nach Besserung seiner Lage zu verurtheilen?

Was beim Handwerker und Geschäftsmann „strebsam“ heißt, wird beim Arbeiter „unzufrieden“ genannt; was dort als Trieb zum Vorwärtskommen gelobt wird, wird beim Arbeiter nicht selten als Begehrlichkeit und Leidenschaft gebrandmarkt. Man messe doch mit gleichem Maß! Die Beamten erstreben bessere Stellen, die Lehrer höheren Gehalt, die Geschäftsführer größeren Umsatz — die Lohnarbeiter mit gleichem Recht besseren Lohn! Daß der Arbeitgeber das Recht habe, sein Geschäft zu schließen, wenn es ihm zu wenig einbringt, gilt als selbstverständlich, ebenso hat niemand etwas dagegen einzuwenden, wenn der Handelsmann seine Waaren nicht auf den Markt bringt, solange die Preise ihm zu niedrig erscheinen. —

Wer wollte bezweifeln, daß die Arbeiter das gleiche Recht haben, ihre Waare, die Arbeitskräfte, zu anständigen Preisen loszuschlagen und ihre Arbeit einzustellen, wenn die Arbeitsbedingungen unwürdig sind!

Die Herren Unternehmer haben sich schon längst organisiert, wollt ihr Arbeiter zurückbleiben?

Die Fabrikanten schließen mächtige Unternehmerverbände, die Großhändler bilden Ringe und Kartelle, die Handwerksmeister organisieren sich in Meisterverbänden, Lehrer und Pfarrer haben ihre Kapitel und Gesellschaften. Die Starken erhöhen also durch Vereinigung ihre Kraft und die Schwachen sollten sich selbst durch Vereinzelung zur Ohnmacht verdammen? Wer organisiert ist, ist im Vortheil. Darum Kollegen von Schneeburg und Umgebung, tretet ein in die Organisation! Arbeiter und Arbeiterinnen, Ihr seid es Eurer Familie und eurem Stande schuldig!

Laßt Euch Euer Vereins- und Gewerkschaftsrecht nicht nehmen! Ist die Völkerfreiheit Euch mehr als Schall und Rauch, so laßt durch nichts Euch einschüchtern, Euren Brüdern Euch anzuschließen, zum Schutz der Arbeit, und unentwegt zur Organisation zu stehen.

Nicht bloß Euer eigenes Interesse, die Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft, die Moral und Bruderliebe verpflichten Euch zur Organisation. Darum: Nochmals Kollegen und Arbeitsbrüder rufe ich Euch zu:

„Tretet bei zur Organisation!“

E. Sch.

Druckfehler-Berichtigung.

In No. 44 des „Steinarbeiter“ erster Artikel der „Rundschau“ hat sich ein sinnenstimmender Druckfehler eingeschlichen. Selbstverständlich muß es heißen: „Aus dem Club der harmlosen Steinmehlen.“

Briefkasten.

Knittlingen. Ludwig Kicherer bitten wir, bei irgend welcher Beschwerde betreffs „Steinarbeiter“ sich an die Preßkommission zu wenden.Adr.: Hermann Franke, Schöneberg-Berlin, Brunenwaldstr. 119.

Anzeigen.

Achtung! Achtung!

Distrikts-Versammlung

Sonntag, den 26. November 1899, Nachmittags 3 Uhr im Saale „zum halben Mond“, Hauptstr. 26 in **Söckst a. M.**

für folgende Orte:

Hanau, Offenbach a. M., Fechenheim, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, Gelnhausen, Friedeberg i. H. und Frankfurt a. M.

Provisorische Tages-Ordnung:

1. Die Nothwendigkeit von Distrikts-Versammlungen.
2. Wie kräftigen wir unsere kleinen Zahlstellen am besten.
3. Wie stellen sich die einzelnen Zahlstellen bei einer eventuellen Lohnbewegung?
4. Eventuelle Anträge.
5. Verschiedenes.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht der organisierten Kollegen aller Orte, möglichst vollzählig zu erscheinen. Auch Kollegen nicht angeführter Orte sind freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

J. A. der Agitationskommission Frankfurt a. M.
Ludwig Deckert, Burgstr. 6.

Achtung Kollegen!

Die Steinmehlen **J. Wundt** aus Kenningen, Württemberg und **Ludwig Fuder** aus Knittlingen, Württemberg, sind von hier abgereist ohne daran zu denken, der Organisation, sowie den Kollegen gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen. Letzgenannter hat auch in Karlsruhe das Platzassistentenbuch (Kirchenbau Bernhardskirche) welches er zu verwalten hatte, in vollständiger Unordnung zurückgelassen. Jeder ehrliche Steinmehl wird dadurch im sozialen Verhältnisse, wozu Respekt und Ehrlichkeit gehört, vollständig zurückgesetzt, weshalb wir Allerorts auf diese Herren aufmerksam machen. Karlsruhe, im Oktober 1899.

Achtung Riesa!

Die Adresse des Vertrauensmannes von Riesa ist von jetzt ab: **Reinhold Just**, Steinmehl in Gröbba bei Riesa Nr. 46. Alle Sendungen sind dahin zu richten.

Achtung Vertrauensleute!

Der Steinhauer **Konrad Wittig** aus Münster wurde laut Versammlungsbeschluss, da er gegen die Interessen der Kollegen gehandelt, aus der Organisation ausgestoßen.

Jos. Schmied, Vertrauensmann,
Dortmund.

Achtung!

Der Steinmehl **Peter Knieriem** aus Bodenrothba hat das Vertrauen einiger Kollegen in größter Weise gemißbraucht und wird deshalb vor demselben gewarnt.

Wilhelm Hartung, Vertrauensmann,
Lutter a. Bbg. und Umgegend.

Den Kollegen von **Demitz-Thumitz** zur Nachricht, daß Kollege **Mandel** das Amt als Vertrauensmann für Demitz-Thumitz von mir übernommen hat. Gleichzeitig geht auch die Verbreitung des „Steinarbeiter“ auf denselben über. **Adr. Otto Mandel**, Demitz-Thumitz i. Schl.

J. A.: **K. Lindner**,
früherer Vertrauensmann.

Achtung!

Die Adresse des Vertrauensmannes von **Freiburg** in Baden ist:

Philipp Kalich, Belfortstr. 21 II Hinterhaus. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Steinmetzhobelstahl 1 Kilo 80 Pf.
bei 5 " 70 "
" 25 " 60 "

Steinmetzbleistifte

von J. J. Rehbach und Joh. Faber
Gros 2 Mt.

Echte Steinmetzbesen

Stück 50 Pf.

sowie alle anderen Werkzeuge etc. billigt bei **Otto Bernhardt (vorm. Theod. Dietze)**,
Dresden A., Blumenstr. 19.

Sch versende

12 Stück Steinmehknüpfel

aus **prima Weißbuche** für **10 Mt.** sortirt von 15—19 cm Durchm., sortirt von 16—21 cm Durchm. von **12 Mt.**, alle andern Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.

Walter Lauterwald,
Eisleben.

Nachruf.

Am 27. Oktober starb unser Kollege

Richard Penz

im Alter von 38 Jahren.

Am 29. Oktober unser Kollege

Albert Weber

im Alter von 38 Jahren. Beide an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken.

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend.

Am 28. Oktober starb unser Kollege

Hermann Flügel

im Alter von 43 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken.

Die Organisation der Steinarbeiter Leipzigs.